

Streit um Fördermittel: Nach Kritik teilt CDU-Chef Schmitt gegen SPD-Ratskollegen aus



Von **Markus Wolf** 29. Januar 2026

LANGENLONSHEIM / STROMBERG. Der Ton in der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg verschärft sich. Nachdem Bürgermeister Michael Cyfka die Landesregierung für ausbleibende Fördergelder kritisierte und dafür prompt Gegenwind von der SPD erhielt, schlägt nun der CDU-Vorsitzende Peter Schmitt zurück. Er bezichtigt die Sozialdemokraten einer unkritischen Treue zu Mainz, zulasten der eigenen Bürger.

Der Streit um das „Regionale Zukunftsprogramm“ der Landesregierung geht in die nächste Runde. Dass die Verbandsgemeinde bei der Vergabe leer ausging, hatte Bürgermeister Michael Cyfka (CDU) deutlich bemängelt. Die daraufhin geäußerte Kritik des SPD-Gemeindeverbandes will Peter Schmitt, Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes und der CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat, so nicht stehen lassen. Mit einer Mischung aus Unverständnis und Ironie kontert er nun die Stellungnahme der Ratskollegen.

„Pachtvertrag des Landes kündigen“

Schmitt zeigt sich „teilweise belustigt“ darüber, wie dünnhäutig die SPD vor Ort reagiere, wenn Kritik in Richtung Mainz geäußert werde. „Man hat den Eindruck, die SPD hat das Land Rheinland-Pfalz gepachtet“, so Schmitt. Er blickt dabei bereits auf den 22. März 2026: Es sei an der Zeit, dass die Wähler diesen „Pachtvertrag“ bei der nächsten Wahl kündigen, teilte Schmitt mit.

Besonders nimmt er den SPD-Vorsitzenden Matthias Schütte ins Visier, der beim Innenministerium arbeitet. „Er muss dazu allerdings auch etwas schreiben. Sein Einwand, man brauche „tragfähige Projekte“ für Zuschüsse, hält Schmitt für haltlos und verweist auf die geplanten Schulprojekte in Rümmlsheim und Langenlonsheim. „Nach Jahren intensiver Verhandlungen mit der ADD, dem ‚Amt für Dichter und Denker‘, haben wir noch immer keine Zuschussbescheide, aber davongelaufene Preise“, kritisiert Schmitt die nachgeordnete Behörde des Innenministeriums scharf.

Kritik an Widersprüchen bei der Umlage

Auch die Klagen von Peter Sykes (SPD) über die hohen Umlagesätze kann der CDU-Fraktionschef nicht nachvollziehen. Schmitt erinnert daran, dass die SPD-Fraktion sowohl der Verbandsgemeindeumlage als auch dem Haushalt zugestimmt habe: „Schön, dass man über sich selbst klagt“, stellte Schmitt fest.

Ebenso weist er Vorwürfe bezüglich fehlender Jahresabschlüsse zurück. Während die VG Langenlonsheim-Stromberg hierbei aktuell sei, sehe es in anderen, bis vor kurzem SPD-geführten Verbandsgemeinden im Landkreis deutlich düsterer aus. Dort hinke man teilweise ein Jahrzehnt hinterher.

Finanzielle Einbußen und der Ruf nach Mainz

Der Kern der Verärgerung bleibt jedoch die finanzielle Ausstattung. Während andere Kommunen aus dem Zukunftsprogramm hohe Summen erhielten, sei für Langenlonsheim-Stromberg „kein müder Euro“ geflossen. Erschwerend komme hinzu, dass durch den Wegfall von Schlüsselzuweisungen ein zusätzliches Minus von rund 850.000 Euro verkraftet werden müsse.

Anstatt „Ablenkungsmanöver“ zu starten, fordert Schmitt die SPD-Kollegen zum Handeln auf: „Wie wäre es, mal ein Gespräch in Mainz mit den Parteifreunden, oder Genossen, wie man dort sagt – zu führen? Vielleicht erreicht man so etwas für unsere Verbandsgemeinde, die Ortsgemeinden, die Stadt Stromberg und somit für die Bürgerinnen und Bürger“, so Schmitt abschließend.